Mitteilung des Senats vom 30. Januar 2007

Bilanz „Regionales Sonderprogramm Stahlwerke“

Die Fraktionen der SPD und der CDU haben unter Drucksache 16/1241 eine Große Anfrage zu obigem Thema an den Senat gerichtet.

Zur Beantwortung der Großen Anfrage verweist der Senat auf den beigefügten Bericht.

Dieser enthält im Wesentlichen Projektblätter, welche detaillierte Darstellungen zu jedem geförderten Vorhaben enthalten. Aus diesen ergibt sich die Beantwortung der in der Großen Anfrage formulierten Fragen 1 bis 5 jeweils im Projektzusammenhang.

Zur Beantwortung der Frage 6 „Wie sollen gegebenenfalls noch vorhandene Restmittel des ReSoSta-Programms verwendet werden?“ wird auf den abschließenden Absatz der vorangestellten zusammenfassenden Darstellung hingewiesen.

Der Senator für Wirtschaft und Häfen

Der Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales

**Regionales Sonderprogramm zur Unterstützung der Wirtschaftsstruktur
und zur Schaffung von Arbeitsplätzen im Land Bremen in Begleitung der
Umstrukturierungen im Stahlsektor**

ReSoSta

Bericht zum Stand der Umsetzung

Dezember 2006

1 Vorbemerkung

Im Dezember 2004 verkaufte Bremen seinen von der Bremer Investitions-Gesellschaft mbH (BIG) seit 1993 gehaltenen Anteil von 30,33 % an der Stahlwerke Bremen GmbH (SWB) an den bisherigen Mehrheitsgesellschafter ARCELOR S. A., Luxemburg. In der Vereinbarung zwischen Arcelor und der Bremer Investitions-Gesellschaft über den Verkauf der Geschäftsanteile an der SWB ist festgehalten, dass ein Teilbetrag von 20 Mio. € zur Verfügung gestellt werden soll, „um diese Mittel für Maßnahmen zur Unterstützung der Wirtschaftsstruktur und zur Schaffung von Arbeitsplätzen im Lande Freie Hansestadt Bremen zu verwenden“. Die Regelung erfolgte vor dem Hintergrund, dass die Stahlwerke Bremen zum Erhalt ihrer Wettbewerbsfähigkeit eine drastische Personalreduktion geplant hatten. Und dies in einem Teilgebiet Bremens, welches ohnehin bereits überdurchschnittlich vom Strukturwandel betroffen ist und eine entsprechend hohe Arbeitslosigkeit vorweist.

Auf der Grundlage inhaltlicher Vorgaben durch Koalitionsausschuss am 13./14. März 2005 sowie Senat am 19. April 2005 für die Verwendung der Stahlwerke-Erlöse wurde in enger Abstimmung mit Vorstand und Betriebsrat der SWB ein Programm aufgestellt, welches sowohl strategische Ansätze wie auch bereits konkrete Projektideen zur Verwendung der 20 Mio. € im Sinne der oben genannten Vereinbarung enthält. Dieses Regionale Sonderprogramm zur Unterstützung der Wirtschaftsstruktur und

zur Schaffung von Arbeitsplätzen im Land Bremen in Begleitung der Umstrukturierungen im Stahlsektor (ReSoSta) wurde am 5. Juli 2005 vom Senat und am 7. Juli 2005 von den Wirtschaftsförderungsausschüssen (WFA) beschlossen.

Der Senat des Landes Bremen hat mit der Konzipierung dieses Sonderprogramms zur Verwendung der 20 Mio. € deutlich gemacht, dass er weiterhin nicht nur für den Erhalt der Stahlwerke Bremen einsteht, sondern sich darüber hinaus seiner besonderen Verantwortung für das regionale Umfeld bewusst ist und in diesem für die Schaffung neuer ebenso wie die Sicherung bestehender Arbeitsplätze besondere Anstrengungen unternimmt.

Als Inhalte für das Sonderprogramm wurden deshalb Schwerpunkte und Maßnahmen definiert, welche einen möglichst unmittelbaren Bezug zur Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen für die ausscheidenden Mitarbeiter der SWB aufweisen. Allerdings können auch diese Maßnahmen nur in einem insgesamt wirtschaftsstrukturell gesunden Umfeld greifen. Es bedarf deshalb eines ganzen Bündels an Aktivitäten, welche sich nicht nur ergänzen, sondern geradezu bedingen.

Diesem Anspruch wird das Sonderprogramm mit seinen vier gewählten Schwerpunkten gerecht:

- I Existenzgründungs-/Investitionsförderung,
- II Strukturverbesserungsmaßnahmen Bremen-Nord,
- III Arbeitsförderungsprogramm,
- IV Begleitende Maßnahmen/Studien.

2. Zusammenfassende Darstellung zum Umsetzungsstand Dezember 2006

Von den zur Verfügung gestellten 20 Mio. € sind zum Jahresende 2006 rd. 16,5 Mio. € gebunden. Damit konnten innerhalb von eineinhalb Jahren über 80 % der Mittel für strukturpolitisch bedeutsame Maßnahmen im Bremer Westen und Norden bereitgestellt werden. Auch bezogen auf die einzelnen Schwerpunkte des Programms ergibt sich eine jeweils sehr zufrieden stellende Inanspruchnahme. Der „infrastrukturelle“ Schwerpunkt II hat das ihm zugewiesene Kontingent von 9,5 Mio. € bereits vollständig in Anspruch genommen. Infrastrukturelle Vorhaben weisen in der Regel einen besonders hohen Mittelbedarf auf; sie sind jedoch, wie die Beispiele zeigen, als Voraussetzung für weitere private Investitionen unabdingbar. Für eine unmittelbare Förderung von privaten Investitionen, Existenzgründern wie bestehende Unternehmen, wurden 5 Mio. € Programmmittel angesetzt, von denen rd. 4,2 Mio. € gebunden sind. Hierunter sind Vorhaben, die sehr explizit auch auf eine Beschäftigung ehemaliger Stahlwerker abzielen. Dies gilt in besonderem Maße auch für die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen des Schwerpunktes III. Hier wurden bislang von angesetzten 5 Mio. € rd. 2,7 Mio. € verplant. Schließlich wurden in Schwerpunkt IV „begleitende Maßnahmen“ 0,2 Mio. € zur Verfolgung einer neuen viel versprechenden Projektidee (Gesundheitspark Friedehorst) in Anspruch genommen (von 0,5 Mio. € Ansatz).

Die zügige Umsetzung ist zunächst ein Beleg für einen hohen Handlungsbedarf und gleichzeitig vorhandene Potentiale in diesem vom Strukturwandel besonders betroffenen Gebiet. Mit integrierten Konzepten wie ReSoSta und einem dahinter liegenden Budget lassen sich positive wirtschaftliche Entwicklungen mit entsprechend positiven Folgen für den Arbeitsmarkt einleiten. Sofern es sich nicht lediglich um vorbereitende Studien handelt, können sowohl den infrastrukturellen Vorhaben wie auch den direkten unternehmensbezogenen Förderungen erhebliche Arbeitsplatzeffekte zugeordnet werden – wie aus der Darstellung der einzelnen Projekte zu ersehen. Selbst bei einer vorsichtigen Betrachtung dürften über 700 Arbeitsplätze, darunter mindestens 100 neue, durch das ReSoSta-Programm geschaffen bzw. gesichert werden. Hinzuzurechnen sind bei einer mittelfristigen Sichtweise weitere 500 Arbeitsplätze, die bei der Verwaltung der Stahlwerke durch Verlagerung und Neubau des Verwaltungsgebäudes auf eine attraktive Gewerbefläche im Bremer Industriepark abgesichert werden. Nicht quantifizierbar aber nicht zu unterschätzen sind die weiteren Effekte, die sich aus der Stärkung des Standortes ergeben, insbesondere die Ausstrahlungseffekte eines Science Parks.

Zum Umsetzungsstand der im Einzelnen darüber finanzierten Projekte wird auf die nachfolgenden Projektblätter verwiesen, welche für jedes Projekt separat eine detaillierte Darstellung vornehmen.

Die Konzipierung der konkreten Projekte wurde und wird regelmäßig mit Vertretern der SWB, sowohl Vorstand wie auch Betriebsrat, abgestimmt. Daneben ist das integrierte Vorgehen von Arbeitsressort und Wirtschaftsressort bei der Umsetzung des Programms positiv hervorzuheben. Dieses integrierte und koordinierte Vorgehen mit diesen wie weiteren Beteiligten ist eine wesentliche Grundlage für die zügige und erfolgreiche Programmumsetzung.

Zum Jahresende 2006 sind von den insgesamt 20 Mio. € noch rd. 3,5 Mio. € verfügbar. Hinzu kommen noch eventuelle Restbeträge von Projekten, die den Bewilligungsrahmen nicht vollständig ausschöpfen. Nach dem derzeitigen Umsetzungsstand dürfte es sich hierbei aber allenfalls um kleinere Beträge handeln. Bezüglich der noch freien Mittel gibt es bereits konkrete Vorstellungen, wie diese zu binden sind. Mehrere Projektvorschläge wurden hierzu ressortübergreifend sowie mit Vertretern der Stahlwerke Bremen, Vorstand und Betriebsrat, diskutiert und nähern sich einer Entscheidungsreife; zum Teil ist eine Dringlichkeit absehbar. Somit kann davon ausgegangen werden, dass noch im ersten Halbjahr 2007 die restlichen Mittel vollständig gebunden werden. Diese Vorhaben werden, ebenso wie alle anderen ReSoSta-Förderungen zuvor, den parlamentarischen Gremien zur Beschlussfassung vorgelegt.

3. Projektdarstellung

Projektblatt I.1	„Schwerpunktprogramm zur Existenzgründungsförderung/Unternehmensnachfolge im Bremer Norden und Westen“
Projektblatt I.2	„Unternehmens-/Investitionsförderung im Bremer Norden und Westen“
Projektblatt II.1	„Erschließung Bremer Industriepark in Verbindung mit Verlängerung der Verwaltung der Stahlwerke Bremen“
Projektblatt II.2	„Gewerbegebiet Bremer Vulkan-BWK/Erschließung der ehemaligen BWK-Fläche“
Projektblatt II.3	„Science Park an der IUB/Grundstücksankauf, Planungs- und Bauvorbereitung, Entwicklung eines Science Centers“
Projektblatt II.4	„Machbarkeitskonzeption für die Errichtung eines Ost-West-Business Forums (OWBF) an der International University Bremen (IUB)“
Projektblatt III.1	„Recyclingpark Unterweser“
Projektblatt III.2	„Weiterbildungspartnerschaft: Kunststoff-Kompetenzzentrum Bremen-Nord“
Projektblatt III.3	„Budgeterhöhung des Starthilfefonds/Darlehensvergabe an Existenzgründer/-innen, beispielsweise im Rahmen einer Unternehmensnachfolgeregelung“
Projektblatt IV.1	„Entwicklungskonzeption Gesundheitspark Friedehorst“

Projektblatt I.1

„Schwerpunktprogramm zur Existenzgründungsförderung/Unternehmensnachfolge im Bremer Norden und Westen“

Beschlussfassung: WFA 29. Juni 2006

Inhalt und Zielsetzung des Projektes

Die Problematik der Unternehmensnachfolge wird sich in den nächsten Jahren auf hohem Niveau verfestigen. Auf das Land Bremen bezogen ergibt sich aus den Untersuchungen des Instituts für Mittelstandsforschung (IfM) eine Zahl von voraussichtlich 545 Unternehmensnachfolgen pro Jahr. Auch die Prognosen der Handwerkskammer Bremen bestätigen diese Einschätzung. Demnach sind allein im bremischen Handwerk jährlich mehr als 100 Betriebe mit etwa 600 Mitarbeitern von einer anstehenden Unternehmensnachfolge betroffen. Es wird von der Handwerkskammer aufgrund der Erfahrungen der vergangenen Jahre geschätzt, dass bei etwa der Hälfte dieser Betriebe die Nachfolge nicht erfolgreich geregelt werden kann, so dass eine Aufgabe der Betriebe und der Verlust der damit zusammenhängenden Arbeitsplätze droht.

Es wurde deshalb ein Konzept entwickelt, welches besonders auf die erfolgreiche Gestaltung von Unternehmensnachfolgen abzielt und auf einem Zusammenspiel von Beratungs-, Finanzierungs- und begleitenden Arbeitsmarktforschungsinstrumenten basiert. Diese Instrumente nutzen konsequent die vorhandenen Infrastrukturen und bereits erfolgreich zum Einsatz kommenden Programme des Landes zur Existenzgründungs- und Unternehmensnachfolgeförderung, werden aber inhaltlich auf die besonderen Herausforderungen des Strukturwandels im Bremer Norden und Westen sowie die Verbesserung der Arbeitsmarktsituation im gewerblich-technischen Bereich ausgerichtet und deutlich verstärkt. Durch die Anbindung an die Bremer Existenzgründungsinitiative B.E.G.IN mit ihrer ausgeprägten Netzwerkstruktur ist zum einen das effektive Zusammenspiel von Beratungs- und Finanzierungsinstrumenten, insbesondere die unmittelbare Zusammenarbeit mit dem Starthilfefonds des Beschäftigungspolitischen Aktionsprogramms (BAP) sichergestellt (zum Starthilfefonds siehe gesondertes Projektblatt III.1). Zum anderen koordiniert die B.E.G.IN-Gründungsleitstelle den Anfang des Jahres gegründeten Arbeitskreis „Unternehmensnachfolge“, in dem die Wirtschaftsfördergesellschaften (BIG und BIS) sowie die Handelskammer Bremen, die IHK Bremerhaven und die Handwerkskammer Bremen zusammenarbeiten.

Die Ausweitung der B.E.G.IN-Beratungs- und Coachingmaßnahmen umfasst drei Kernelemente:

1. Deutliche Verstärkung der Beratungskapazität mit Schwerpunkt in Bremen-Nord/West (Einrichtung eines Coaching-Büros in Vegesack mit einem zusätzlichen Mitarbeiter) sowie Einrichtung einer regionalen Unternehmensnachfolgebörse (Intranet „Unternehmensnachfolge“ für die am AK „Unternehmensnachfolge“ beteiligten Institutionen).
2. Konzeption und Durchführung spezifischer PR- und Marketingmaßnahmen zur Unternehmensnachfolge, um sowohl potenzielle Übernehmer als auch vor allem übergabereife Unternehmen anzusprechen.
3. Gezielter Einsatz von Coachingmaßnahmen und die Bereitstellung zusätzlicher Mittel für die Förderung von Unternehmensberatungen im Rahmen der bestehenden Programme „Existenzgründungs- bzw. Existenzfestigungsberatung“.

Finanzierung

Das Gesamtprojekt zur „Existenzgründungsförderung/Unternehmensnachfolge“ hat ein Finanzierungsvolumen von 1.184.500 € bzw. – einschließlich Starthilfefonds – 2.684.500 € und wird vollständig aus ReSoSta-Mitteln finanziert. Dieses Volumen teilt sich folgendermaßen auf:

Beratung/Coaching/Marketing (inklusive 600.000 € für Beratungsförderungszuschüsse):	1.140.000 €
Begleitende Arbeitsmarktforschung/IAB-Betriebspanel:	44.500 €
(sowie Budgeterhöhung Starthilfefonds: [siehe dazu gesondert Projektblatt III.3])	1.500.000 €

Stand der Umsetzung

Das Projekt „Existenzgründungsförderung/Unternehmensnachfolge“ hat nach Abschluss der Vorarbeiten (Einstellung eines Mitarbeiters, Anmietung eines Büros in Vegesack) am 13. Oktober 2006 begonnen. Seither (Stand 20. Dezember 2006) sind 31 Anfragen von Unternehmen eingegangen, die sich mit einer Nachfolgelösung für ihr Unternehmen beschäftigen, 86 Anfragen wurden von potentiellen Übernehmern registriert. Zurzeit sind konkrete Projekte in elf Betrieben in Arbeit.

Am 6. November 2006 wurde in Bremen-Vegesack eine erste öffentliche Veranstaltung im Rahmen der B.E.G.IN-Starter-Lounge-Reihe zum Thema „Unternehmensnachfolge“ durchgeführt.

Die Ausschreibung der Beratungs- und Marketingdienstleistungen ist erfolgt; eine umfassende Beteiligung des Arbeitskreises „Unternehmensnachfolge“ (Kammern, Wirtschaftsfördergesellschaften) hat bezüglich Konzeption und Erstellung von Info-Materialien (Flyer, Broschüren etc.) ist durchgeführt. Spätestens Ende Januar 2007 werden die Materialien zur Verfügung stehen. Ebenfalls für Januar 2007 ist die Fertigstellung der Intranet-Datenbanklösung zur Nutzung durch den Arbeitskreis „Unternehmensnachfolge“ vorgesehen.

Das Projekt hat eine Laufzeit von 24 Monaten. Es wird mit einem vollständigen Mittelabfluss gerechnet.

Strukturpolitische Effekte

Im Projektverlauf wird die Initiierung und Begleitung von rund 100 Unternehmensnachfolgen und Existenzgründungen pro Jahr erwartet. Bei geschätzten 50 bis 70 geförderten Einzelfällen p. a. wird die unmittelbare Sicherung bzw. Schaffung von jährlich 150 bis 250 Arbeitsplätzen angestrebt, vor allem in kleinen Unternehmen des gewerblich technischen Bereichs bzw. im Handwerk (Angaben einschließlich Starthilfefonds, siehe Projektblatt III.3).

Verantwortliche Stellen

- Senator für Wirtschaft und Häfen, Referat 14,
- B.E.G.IN-Gründungsleitstelle bei der RKW-Bremen GmbH,
- Bremer Investitions-Gesellschaft mbH, Abteilung Gründungs- und Investitionsförderung.

Projektblatt I.2

„Unternehmens-/Investitionsförderung im Bremer Norden und Westen“

Beschlussfassung: WFA 29. März 2006 und 30. November 2006

Inhalt und Zielsetzung des Projektes

Im Rahmen des Landesinvestitionsförderprogramms (LIP) werden regionalwirtschaftlich förderungswürdige und betriebswirtschaftlich vertretbare Maßnahmen zur Unterstützung von Unternehmen des Handwerks, des Handels, der Industrie, des Dienstleistungsgewerbes sowie sonstiger Gewerbetreibender gefördert.

Ziel der Förderungen ist allgemein die Stärkung der Wettbewerbs- und Anpassungsfähigkeit der Wirtschaft durch Stärkung der regionalen Innovationskraft sowie – als Bedingung jeder Förderung – die Schaffung neuer und die Sicherung bestehender Arbeitsplätze. Angesichts des mit dem Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit verbundenen Personalabbaus bei den Stahlwerken Bremen bieten die genannten Förderinstrumente die Möglichkeit, die Investitionsbasis im Bremer Norden und Westen zu stärken.

Mit den beiden oben genannten WFA-Beschlüssen wurde der Weg für insgesamt fünf einzelne Investitionsförderungen bereitet. Es handelt sich um:

- Soller Multiservice GmbH & Co. KG,
- H + M Elektronik Systems GmbH,
- metall-kompakt GmbH (vormals Walzbrikett GmbH i. Gr.),
- Deutsche Windtechnik AG,
- Rainer Brach GmbH & Co. KG.

Finanzierung

Für die fünf Einzelvorhaben wurden insgesamt rd. 3 Mio. € ausschließlich aus ReSoSta bereitgestellt. Eine entsprechende Finanzierung aus LIP-Programmmitteln wäre nicht möglich gewesen.

Stand der Umsetzung

Alle genannten Förderfälle befinden sich in der Umsetzung. Die Fälle H + M Elektronik Systems GmbH und metall-kompakt GmbH (vormals Walzbrikett GmbH i. Gr.) konnten in 2006 bewilligt werden. Eine Bewilligung der übrigen Förderanträge steht noch aus; hier ist insbesondere die neue beihilferechtliche Situation ab Januar 2007 zu beachten.

Die Projekte gefährdende Probleme sind derzeit nicht erkennbar. Mit einem vollständigen Abfluss der Mittel wird gerechnet.

Strukturpolitische Effekte

Nach derzeitiger Planung werden die begünstigten Unternehmen insgesamt 210 Dauerarbeitsplätze sichern und 88 neue schaffen, davon 31 Dauerarbeitsplätze für Frauen und neun Ausbildungsplätze. Es sollen Investitionen in Höhe von insgesamt 16,8 Mio. € gefördert werden.

Vier der fünf zu fördernden Projekte werden auf dem Gelände der Stahlwerke Bremen oder in unmittelbarer Nähe im Bremer Industriepark realisiert. Sie sind – insbesondere auch wegen teilweise deutlicher Branchennähe – besonders geeignet, gegebenenfalls bei den Stahlwerken ausscheidende Mitarbeiter zu übernehmen. Teilweise bestehen hierzu bereits unmittelbare Kontakte bzw. Absprachen zwischen den Unternehmen und der Stahlwerke Bremen GmbH.

Verantwortliche Stelle

Mit der Umsetzung der Investitionsförderung ist die Bremer Investitionsgesellschaft (BIG) beliehen.

Projektblatt II.1

„Erschließung Bremer Industriepark in Verbindung mit Verlagerung der Verwaltung der Stahlwerke Bremen“

Beschlussfassung: WFA 7. Juli 2005

Inhalt und Zielsetzung des Projektes

Die Verwaltung der Stahlwerke Bremen (SWB) ist in einem angemieteten Gebäude außerhalb des eigentlichen Stahlwerkegeländes an der Straße Auf den Delben 35 angesiedelt. Die Vertragsbindung der SWB läuft 2007 aus. Da dieses Gebäude den heutigen Anforderungen der aktuell dort ansässigen 500 Mitarbeiter nicht mehr gerecht wird, ist durch die SWB ein Standortwechsel beabsichtigt. Als Standort für die Immobilie wurde ein Grundstück des Bremer Industrieparks ausgewählt, das nahe an dem Zentrum des Betriebsgeländes liegt. Hierfür müssen jedoch von öffentlicher Seite die allgemeinen infrastrukturellen Voraussetzungen geschaffen werden.

Zielsetzung ist die Bindung der Verwaltung am Standort, damit einhergehend eine Stärkung des Standortes der SWB insgesamt und gleichzeitig ein Entwicklungsimpuls für den Bremer Industriepark.

Finanzierung

Die öffentlichen Erschließungsmaßnahmen in Höhe von 2 Mio. € werden vollständig aus ReSoSta finanziert.

Stand der Umsetzung

Die Maßnahme befindet sich vor dem planmäßigen Abschluss im Januar 2007. Probleme während der Umsetzung sind nicht aufgetreten. Der Einzug der SWB in das neue Gebäude ist für Mai 2007 geplant.

Strukturpolitische Effekte

Folgende wirtschaftsstrukturelle Effekte werden mit diesem Projekt initiiert:

- Mit der Errichtung des dreigeschossigen Bürogebäudes einschließlich einer internen Tagungsstätte sind private Investitionen in Höhe von etwa 27 Mio. € (inklusive Grunderwerb) verbunden.
- Die Verwaltung der SWB mit derzeit etwa 500 Arbeitsplätzen wird am Standort Bremen mittelfristig gebunden.
- Mit dem Bau des Verwaltungsgebäudes ist die Errichtung eines Rechenzentrums verbunden.
- Bestandteil des Bürogebäudes soll die Errichtung einer Kantine der Stahlwerke Bremen werden, die auch für die Mitarbeiter weiterer im Bremer Industrie-Park ansässigen Unternehmen zur Verfügung stehen soll. Hiermit wäre folglich ein für das gesamte Gewerbegebiet attraktives Angebot verbunden.
- Insgesamt ist mit den geplanten Investitionen eine weitere Sicherung des Standortes Bremen für die SWB und damit eine höhere Arbeitsplatzabsicherung verbunden.
- Durch die Baumaßnahme selbst (geplant ist ein privates Invest von mindestens 27 Mio. €) entstehen weitere indirekte Arbeitsplatzeffekte in Bremen.

Verantwortliche Stellen

- Senator für Wirtschaft und Häfen, Referat 20,
- Bremer Investitions-Gesellschaft mbH, Erschließungsabteilung.

Projektblatt II.2

„Gewerbegebiet Bremer Vulkan-BWK/Erschließung der ehemaligen BWK-Fläche“

Beschlussfassung: WFA 17. November 2005

Inhalt und Zielsetzung des Projektes

Die strukturpolitische Problemlage in Bremen-Nord ist unter anderem durch die wirtschaftliche Entwicklung bei der Bremer Wollkämmerei AG (BWK) geprägt. Die BWK wurde Ende des 19. Jahrhunderts an diesem Standort gegründet. 1960 arbeiteten ca. 4.300 und 1990 noch 1.100 Mitarbeiter auf dem Betriebsgelände. Aktuell beschäftigt das Unternehmen noch ca. 290 Mitarbeiter. Die BWK war Kern und Motor der städtischen und industriellen Entwicklung Blumenthals und hat nach wie vor eine hohe Identifikationsfunktion für den Stadtteil.

Seit Mitte der 90er Jahre befindet sich die BWK in einem betrieblichen Reorganisationsprozess, in dessen Verlauf die Produktion im nordwestlichen Teil des Betriebsgeländes konzentriert und der südöstliche Teil mit einer Größe von ca. 22 ha abgegeben werden konnte.

Die Stadtgemeinde Bremen hat von der Bremer BWK diese Fläche erworben, um hier neue gewerbliche Nutzungen anzusiedeln und so die strukturellen Defizite in Bremen-Nord zu vermindern und den Standort zu stärken.

Finanzierung

Das Projekt wird mit einer Fördersumme von 1.723 Mio. € aus dem ReSoSta-Programm finanziert, nachdem andere Finanzierungsquellen ausgeschöpft waren.

Mit der Gesamtfinanzierung des Projektes sind Kosten in Höhe von 15.716 Mio. € verbunden. Die Restfinanzierung erfolgt aus Ziel-II-Mitteln und aus den erwarteten Grundstückserlösen.

Stand der Umsetzung

Die bauvorbereitenden Maßnahmen und die Erschließung des Gewerbegebietes BWK verlaufen bisher planmäßig; Schwierigkeiten bzw. Probleme sind nicht erkennbar.

Vorbehaltlich der Erreichung genehmigungsrechtlicher Absicherungen werden folgende Termine angestrebt:

Abbruchmaßnahmen im	1. Bauabschnitt	beendet,
Straßenbau/Erschließung	1. Bauabschnitt	Mitte 2006 bis Mitte 2007,
Abbruchmaßnahmen im	2. Bauabschnitt	Beendigung bis Mitte 2007,
Straßenbau/Erschließung	2. Bauabschnitt	Mitte 2007 bis Anfang 2008.

Strukturpolitische Effekte

Die Erfahrungen bei der Aktivierung des Industriestandortes Bremer Vulkan haben gezeigt, dass eine zeitnah mit dem Wegfall der bisherigen Nutzungen einsetzende Neuentwicklung und Umsetzung eines Nutzungs- und Erschließungskonzeptes eine wesentliche Voraussetzung ist, um einen brach gefallenen bzw. stark untergenutzten Gewerbestandort erfolgreich für neue gewerbliche Nutzungen zu aktivieren und dadurch neue Arbeitsplätze zu schaffen und bestehende zu erhalten.

Mit der Erschließung des Gewerbegebietes Bremer Vulkan-BWK werden im durch den Strukturwandel besonders betroffenen Bremen-Nord 22 ha Bruttogewerbefläche zur Verfügung gestellt, um den erfolgreichen Umstrukturierungsprozess des Vulkan-Geländes fortsetzen zu können. Auf dem ehemaligen Vulkan-Gelände sind mittlerweile deutlich über 1.000 gewerblich-industrielle Arbeitsplätze neu geschaffen bzw. gesichert worden.

Konkrete Arbeitsplatzzahlen lassen sich für das Gewerbegebiet Bremer Vulkan-BWK nicht prognostizieren. Bei einer auf Erfahrungswerten beruhenden durchschnittlichen Arbeitsplatzdichte von 25 bis 40 AP/ha Nettogewerbefläche in gewerblich-industriell geprägten Standorten ist bei 16 ha Nettogewerbefläche für das Gesamtvorhaben von einem Arbeitsplatzbesatz von 400 bis 640 gesicherten bzw. neu geschaffenen Arbeitsplätzen auszugehen, die entsprechend anteilig der ReSoSta-Förderung zugerechnet werden können.

Verantwortliche Stellen

- Senator für Wirtschaft und Häfen, Referat 20,
- Bremer Investitions-Gesellschaft mbH, Erschließungsabteilung.

Projektblatt II.3

„Science Park an der IUB/Grundstücksankauf, Planungs- und Bauvorbereitung, Entwicklung eines Science Centers“

Beschlussfassung: WFA 17. November 2005

Inhalt und Zielsetzung des Projektes

Mit der Errichtung der IUB ist eine hervorragende Nachfolgenutzung für die Roland-Kaserne gefunden worden, die als Nukleus für einen zu entwickelnden Wissenschafts- und Technologiepark genutzt werden kann und muss.

In diesem Sinne soll in unmittelbarer Nachbarschaft zur IUB in den nächsten Jahren ein Science Park entstehen, der einer Vielzahl technologieorientierter Unternehmen – unter anderem aus den Bereichen IuK-Dienstleistungen und Forschungs- und Entwicklungsleistungen für die gewerbliche Wirtschaft – Raum für Entwicklungen sowie einen direkten Technologietransfer durch die enge Verzahnung von Wissenschaft, Wirtschaft und Praxis ermöglichen soll. Als Keimzelle für den Science Park wird die Errichtung eines Science Centers verfolgt.

Der Senat hat am 31. Mai 2005 die beteiligten Ressorts aufgefordert, die zur Realisierung des Science Parks im Norden der IUB erforderlichen städtebaulichen Planungen zu beauftragen und die erforderlichen Grundstücksverkehrsgeschäfte zu tätigen.

Finanzierung

Das Projekt wird mit einer Fördersumme von 5,819 Mio. € aus dem ReSoSta-Programm finanziert.

Mit der Gesamtfinanzierung des Projektes sind Kosten in Höhe von 7,196 Mio. € verbunden. Für einen Teil der Finanzierung in Höhe von 1,377 Mio. € können Mittel aus dem Bund-Länder-Programm „Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GA) genutzt werden.

Stand der Umsetzung

Die bauvorbereitenden Maßnahmen für die Erschließung des Science Parks verlaufen bisher planmäßig; Schwierigkeiten bzw. Probleme sind nicht erkennbar.

Vorbehaltlich der Erreichung genehmigungsrechtlicher Absicherungen werden folgende Termine angestrebt:

Abbruchmaßnahmen ehemaliges Verwaltungsgebäude	beendet,
Nordfläche IUB/Flächenfreimachung	I. Quartal 2007,
Fertigstellung/Erstellung 1. Bauabschnitt	IV. Quartal 2007,
Freimachung und Fertigstellung 2. Bauabschnitt	2008.

Strukturpolitische Effekte

Die Realisierung des Science Parks ist das wichtigste Projekt im durch den Strukturwandel besonders betroffenen Bremer Norden. Mit dem Projekt werden perspektivisch bis zu 6 ha Bruttogewerbefläche zur Verfügung gestellt. Aus dem Science Center heraus sollen – als Inkubator für die Entwicklung des Science Parks – gewerbliche Unternehmungen entstehen, die sich im Science Park ansiedeln sollen. Ausgehend von dem Science Center werden mit der Entstehung des Science Parks positive wirtschaftsstrukturpolitische Effekte für die Region Bremen-Nord erwartet.

Konkrete Arbeitsplatzzahlen lassen sich für den Science Park nicht prognostizieren. Bei einer auf Erfahrungswerten beruhenden durchschnittlichen Arbeitsplatzdichte von 60 bis 100 AP/ha Nettogewerbefläche an technologieorientierten Gewerbestandorten ist bei zunächst ca. 3 ha Nettogewerbefläche von einem Arbeitsplatzbesatz von 180 bis 300 gesicherten bzw. neu geschaffenen Arbeitsplätzen auszugehen.

Verantwortliche Stellen

- Senator für Wirtschaft und Häfen, Referat 20,
- Bremer Investitions-Gesellschaft mbH, Erschließungsabteilung.

Projektblatt II.4

„Machbarkeitskonzeption für die Errichtung eines Ost-West-Business Forums (OWBF) an der International University Bremen (IUB)“

Beschlussfassung: WFA 17. November 2005

Inhalt und Zielsetzung des Projektes

Mit der Errichtung der IUB ist eine hervorragende Nachfolgenutzung für die Roland-Kaserne gefunden worden, die als Nukleus für einen zu entwickelnden Wissenschafts- und Technologiepark genutzt werden muss. Die IUB (zukünftig Jacobs University Bremen) ist das wichtigste Projekt im Umstrukturierungsprozess Bremen Nord.

Etwa 40 % der mittlerweile über 1.000 Studierenden an der IUB kommen aus den verschiedenen osteuropäischen Ländern. Aufgrund der zunehmenden Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen liegt hierin ein besonderes Potenzial und ein Alleinstellungsmerkmal des Wissenschaftsstandortes. Mit Hilfe der Machbarkeitsstudie soll geprüft werden, ob ergänzend zu der Entwicklung eines Science Centers der Aufbau einer Einrichtung für den wirtschaftlich orientierten Ost-West-Austausch an der IUB gemeinsam mit interessierten Wirtschaftsunternehmen Erfolg versprechend sein kann.

Ziel ist der Aufbau eines privatwirtschaftlich geführten Ost-West-Business-Forums an der IUB. Dieses soll wissensintensiven Unternehmen eine Plattform für Kooperationen in Produktentwicklung und Marketing sowie attraktive Infrastrukturen und Dienstleistungen für den Ausbau ihrer Aktivitäten bieten. Hierdurch soll zugleich der Innovationsstandort Bremen gestärkt und profiliert werden.

Finanzierung

Das Projekt wird mit einer Fördersumme von 58 T€ aus dem ReSoSta-Programm finanziert.

Mit der Gesamtfinanzierung des Projektes sind Kosten in Höhe von 116 T€ verbunden. Die Restfinanzierung erfolgt aus Mitteln Privater und als Eigenanteil des Auftragnehmers.

Stand der Umsetzung

Mit der Erstellung der Machbarkeitsstudie wurde begonnen; sie entwickelt sich vor allem hinsichtlich der Potenzialbewertungen in Osteuropa zeitintensiver als zunächst gedacht, so dass sich der geplante Bearbeitungszeitraum von zehn Monaten nicht einhalten lässt. Mit der Projektrealisierung, das heißt dem Abschluss der Studie, ist in 2007 zu rechnen.

Strukturpolitische Effekte

Konkrete Arbeitsplatzzahlen lassen sich für das OWBF derzeit noch nicht prognostizieren. Hierfür sind zunächst die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie abzuwarten.

Verantwortliche Stelle

Senator für Wirtschaft und Häfen, Referat 20.

Projektblatt III.1

„Recyclingpark Unterweser“

Beschlussfassung: WFA 29. Juni 2006; Deputation für Arbeit und Gesundheit 6. Oktober 2005

Inhalt und Zielsetzung des Projektes

Die Idee eines „Recyclingpark Unterweser“ wird dem Anliegen des ReSoSta-Programms, neue Beschäftigungsmöglichkeiten im Zuge der Umstrukturierung des Stahlsektors zu schaffen, in hohem Maße gerecht. Die Projektidee basiert auf neuen gesetzlichen Regelungen zur Entsorgung von Elektrogeräten (ElektrG), die ab Frühjahr 2006

als Umsetzung einer EU-Richtlinie in Kraft getreten sind. Hierdurch werden Entsorgungskapazitäten und Entsorgungsqualitäten notwendig, welche bisher am Markt kaum vorhanden aber flächendeckend notwendig sind, weil Elektronunternehmen die ordnungsgemäße Entsorgung von Elektroschrott durch Entsorgungsbetriebe mit einem entsprechenden Zertifikat garantieren müssen.

Das „ReSoSta“-Projekt soll zum einen Mitarbeiter/-innen der Stahlwerke Bremen, die im Rahmen des FIT-Programms der Stahlwerke ihren Arbeitsplatz verloren haben, neue Perspektiven eröffnen, darüber hinaus aber auch die Arbeitsplatzsituation in Bremen-Nord insgesamt verbessern. In allen Fällen liegen umfangreiche Qualifizierungsbedarfe zur Bewältigung der neuen Aufgaben zu den neu geschaffenen Arbeitsplätzen vor.

In einem ersten Schritt werden durch eine Studie Umsetzungsschritte zur Etablierung des Betriebes definiert. Der zweite Schritt besteht in einem Qualifizierungsprogramm in Hinblick auf die Thematik „Elektroschrott Recycling“.

Finanzierung

Die Studie wurde mit 58 T€ komplett aus ReSoSta finanziert. Im Hinblick auf das Qualifizierungsprogramm müssen, aufsetzend auf der vorliegenden Studie, Kosten und Zuschussbedarf neu ermittelt werden. Es ist abzusehen, dass die Kosten im Vergleich zum ursprünglichen Konzept geringer anzusetzen sind (durch oben genannte Beschlüsse waren bis zu 348.500 € bereitgestellt).

Stand der Umsetzung

Die Studie ist abgeschlossen. Ein Abschlussbericht der MHI (Miebach-Hafemann-International, Strategy & Project Development) liegt vor.

Das mit der Machbarkeitsstudie ursprünglich geplante Recycling-Verfahren wäre mit dem Einsatz neuer Technologien verbunden gewesen. Dies sollte mit einem hierfür notwendigen Qualifizierungsprogramm begleitet werden. Der externe und der lokale Partner konnten sich allerdings auf kein gemeinsames Unternehmenskonzept einigen. Der lokale Partner nähert sich jetzt dem Thema alleine und plant weiterhin das Betreiben der Rohstoffverwertung auf dem Gelände der Stahlwerke. Hierfür müssen jedoch noch örtliche Voraussetzungen geschaffen werden. Das nunmehr geplante Konzept ist weniger Technologie orientiert und sieht einen schrittweisen Aufbau der Verwertung in Kooperation mit einem Beschäftigungsträger vor. Die Qualifizierungsbedarfe müssen vor diesem Hintergrund noch genauer benannt werden.

Strukturpolitische Effekte

Die Veränderungen in der deutschen Entsorgungswirtschaft, die durch das neue Gesetz zur Entsorgung von Elektrogeräten entstehen, sollen auch am Standort Bremen arbeitswirksam genutzt werden. Es wird erwartet, dass sich die bestehenden ca. 100 Arbeitsplätze des lokalen Betreibers schrittweise auf ca. 200 Arbeitsplätze anheben lassen.

Verantwortliche Stellen

- Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales, Referat 22,
- bremer arbeit gmbh.

Projektblatt III.2

„Weiterbildungspartnerschaft: Kunststoff-Kompetenzzentrum Bremen-Nord“

Beschlussfassung: WFA 29. Juni 2006

Inhalt und Zielsetzung des Projektes

In Bremen-Nord und räumlicher Nähe sind zahlreiche Unternehmen der Kunststoff-Be- und Verarbeitung angesiedelt. Um den anspruchsvollen Anforderungen der technologischen Entwicklungen gerecht zu werden und sich am Markt behaupten zu können, wurde von diesen Betrieben ein dringender Qualifikationsbedarf der Beschäftigten angemeldet. Zugleich besteht bei diesen Unternehmen aktueller Bedarf an zusätzlichen Arbeitskräften für Arbeitsplätze, die neu geschaffen werden sollen. Entsprechendes Fachpersonal ist allerdings weder regional noch überregional auf dem

Arbeitsmarkt vorhanden. Hiesige Zeitarbeitsfirmen bestätigen, dass Fachkräfte mit diesem Anforderungsprofil im ganzen Bundesgebiet gesucht werden, aber nicht ausreichend zur Verfügung stehen. Diese Situation wird sich mit dem zunehmenden Einsatz moderner Hochleistungswerkstoffe lang- und mittelfristig eher verschärfen.

Diesem hohen Qualifizierungsbedarf für die Arbeit mit faserverstärktem Kunststoff stehen in der Region keine entsprechenden Qualifizierungsangebote gegenüber.

Neben der bestehenden „Ausbildungspartnerschaft Kunststoff“ soll mit der „Weiterbildungspartnerschaft: Kunststoff-Kompetenzen“ nun in einem zweiten Schritt der aktuell dringende Qualifikations- und Arbeitskräftebedarf für Erhalt und Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit regionaler Unternehmen gedeckt werden. In dieser Weiterbildungspartnerschaft haben sich renommierte Know-how-Träger des Landes zusammengefunden. Sie wird unter Federführung des Fraunhofer Instituts für Fertigungstechnik und angewandte Materialforschung (IFAM) in Kooperation mit den Firmen Airbus Bremen, Abeking & Rasmussen Rotec GmbH und Haindl Kunststoffverarbeitung GmbH, den Hochschul-Instituten Institut für Werkstofftechnik (IWT), und Faserinstitut Bremen e. V. (FIBRE) sowie dem Berufsbildungswerk des DGB GmbH (bfw) durchgeführt.

Das Projekt hat eine Laufzeit von drei Jahren (15. November 2006 bis 14. November 2009). In diesem Zeitraum sollen folgende Maßnahmen realisiert werden:

- > „FVK-Praktiker®“ für ca. 124 Teilnehmer/-innen (mit jeweils 160 Stunden) aus der Industrie.
- > „FVK-Praktiker®“ für ca. 120 Teilnehmer/-innen (mit jeweils 160 Stunden) von den Arbeitsagenturen und Arbeitsgemeinschaften in Bremen und Bremerhaven (Bildungsgutscheine).
- > Assessments für ca. 180 Arbeitslose zur Teilnehmer/-innen-Auswahl (jeweils 80 Stunden) und anschließende Vorbereitungskurse zur Anpassung der fachlichen Qualifikationen (jeweils 160 Stunden) für diesen Teilnehmer/-innen-Kreis.

Finanzierung

Die Gesamtkosten in Höhe von 2.662.420 € werden zu 720.000 € aus dem ReSoSta-Programm finanziert. Die Restfinanzierung erfolgt aus privaten Mitteln, Teilnehmergebühren und Mitteln der Agentur für Arbeit und BAglS.

Stand der Umsetzung

Das Kunststoff-Kompetenzzentrum wurde am 30. November 2006 in den bis dahin neu hergerichteten Räumlichkeiten in Bremen-Nord durch Senatorin Rosenkötter und Senator Kastendiek offiziell eröffnet. Derzeit werden die Qualifizierungsinhalte für die Maßnahmen zum „FVK-Praktiker®“ (FVK = faserverstärkter Kunststoff), die Richtlinie, die Zertifizierung der Maßnahme sowie die Akkreditierung des FVK-Zentrums von den Weiterbildungspartnern vorbereitet.

Für Kunden der Arbeitsagenturen und Arbeitsgemeinschaften werden im Frühjahr 2007 die ersten Assessments und anschließende fachliche Vorbereitungskurse durchgeführt. Weitere folgen im Sommer und im Herbst, so dass bereits in 2007 mindestens 60 arbeitslose Interessenten erreicht werden sollen.

Für Teilnehmer/-innen aus der Industrie sowie für geeignete Personen aus den Vorbereitungskursen für Arbeitslose sollen ab Sommer 2007 Maßnahmen zum zertifizierten „FVK-Praktiker®“ durchgeführt werden (Abschluss: Trägerzertifikat Germanischer Lloyd).

Probleme bei der Umsetzung sind gegenwärtig nicht erkennbar.

Strukturpolitische Effekte

Faserverstärkte Kunststoffe sind eine innovative Technologie, deren industrielle Nutzung von hoher wirtschaftlicher und arbeitsmarktpolitischer Bedeutung ist. Im Land Bremen, insbesondere in Bremen-Nord, sind namhafte Betriebe der Kunststoffbe- und -verarbeitung angesiedelt; die Mehrzahl sind kleinere und mittlere Unternehmen (KMU). Deren zukünftige Existenz und Anpassung an den technologischen Fortschritt hängt zum einen von der Anhebung der Qualifikation der Beschäftigten und zum anderen von der Behebung des eklatanten Fachkräftemangels ab. Das durch ReSoSta geförderte Kompetenzzentrum soll dabei jedoch nicht nur die regionalen Bedarfe decken, sondern als Bremer Standort der Kunststoff-Qualifikation auch überregionale

Ausstrahlung haben und sich langfristig durch bundesweite Nachfrage selber refinanzieren. Dies erscheint aussichtsreich, da im norddeutschen Raum keine vergleichbaren Angebote existieren, zugleich aber die Qualifizierungs- und Fachkräftebedarfe der Kunststoff-Industrie auch überregional sehr groß sind. Die Agenturen und Arbeitsgemeinschaften in Bremen und Bremerhaven sind deswegen von Beginn an eng in die Planungen eingebunden worden, denn vergleichbar zur Windenergietechnik sind die Arbeitsplatzaussichten im Kunststoffbereich ebenfalls sehr gut. Mit der regionalen Ansiedlung und dem innovativen Profil des Kompetenzzentrums wird zugleich eine Standortstärkung von Bremen-Nord verfolgt.

Verantwortliche Stellen

- Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales, Referat 22,
- bremer arbeit gmbh.

Projektblatt III.3

„Budgeterhöhung des Starthilfefonds/Darlehensvergabe an Existenzgründer/-innen, beispielsweise im Rahmen einer Unternehmensnachfolgeregelung“

Beschlussfassung: WFA 29. Juni 2006; Deputation für Arbeit 6. Juli 2006

Inhalt und Zielsetzung des Projektes

Die Ausweitung des Starthilfefonds steht in engem inhaltlichen Zusammenhang mit dem unter Projektblatt I.1 beschriebenen Schwerpunktprogramm zur Existenzgründungsförderung. Beide Instrumente greifen bei der Unterstützung von Unternehmensnachfolgen gezielt ineinander.

Allein im bremischen Handwerk sind jährlich mehr als 100 Betriebe mit etwa 600 Mitarbeitern von einer anstehenden Unternehmensnachfolge betroffen. Es wird von der Handwerkskammer aufgrund der Erfahrungen der vergangenen Jahre geschätzt, dass bei etwa der Hälfte dieser Betriebe die Nachfolge nicht erfolgreich geregelt werden kann, so dass eine Aufgabe der Betriebe und der Verlust der damit zusammenhängenden Arbeitsplätze droht. Dem soll mit ReSoSta-Mitteln schwerpunktmäßig im Bremer Westen und Norden entgegengewirkt werden.

Neben anderen wichtigen Faktoren ist für die Umsetzung solcher Projekte die Finanzierbarkeit von eminenter Bedeutung. Gleichzeitig verfügen viele Existenzgründer als potentielle Unternehmensnachfolger über kein oder kein ausreichendes Eigenkapital bzw. Sicherheiten. Sie scheitern somit häufig bei der Umsetzung ihrer Vorhaben an der Kreditvergabepraxis der Banken und Sparkassen. Es ist deshalb im Starthilfefonds des Beschäftigungspolitischen Aktionsprogramms (BAP) für Unternehmensnachfolgeprojekte neben dem bestehenden Instrumentenportfolio für Existenzgründerinnen und Existenzgründer ein spezielles Fördermodul „Flankierendarlehen“ implementiert worden.

Als ein unverzichtbarer Bestandteil des bremischen B.E.G.IN.-Netzwerkes soll der Starthilfefonds mit dem neuen Fördermodul die Sicherung und Schaffung von wettbewerbsfähigen Arbeitsplätzen, insbesondere im Handwerk, unterstützen.

Finanzierung

Das Budget des Starthilfefonds wird für die speziellen Unternehmensnachfolgeprojekte (einschließlich der Durchführungskosten bei der BIG Bremer Investitionsgesellschaft mbH) um insgesamt 1,5 Mio. € aus ReSoSta-Mitteln erhöht.

Stand der Umsetzung

Das Projekt Starthilfefonds „Flankierendarlehen-Unternehmensnachfolge“ ist noch nicht abgeschlossen. Es ist vorgesehen, dass die Flankierungsmaßnahmen zeitgleich zu den entsprechenden B.E.G.IN.-Aktivitäten greifen. Eine enge Abstimmung zwischen den handelnden Akteuren ist vereinbart.

Eine beide Seiten zufrieden stellende Umsetzung einer Unternehmensnachfolge beansprucht naturgemäß einen deutlich längeren Zeitraum als eine „normale“ Existenzgründung. Aufgrund der bisherigen Erfahrungen sind alle Projekte ohne Schwierigkeiten umgesetzt worden.

Strukturpolitische Effekte

Mit den zur Verfügung stehenden Mitteln sollen über den vorgesehenen 24-Monatszeitraum bis zu 130 Arbeitsplätze geschaffen bzw. gesichert werden.

In 2006 sind mit ReSoSta-Fördermitteln bereits sieben Unternehmensnachfolgeprojekte, überwiegend im Dienstleistungsbereich, finanziell unterstützt worden. Dabei wurden Flankierungsdarlehen in Höhe von 218.500 € ausgereicht. Gleichzeitig sind 25 Arbeitsplätze neu geschaffen bzw. gesichert worden

Verantwortliche Stellen

- Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales,
- Bremer Investitionsgesellschaft mbH.

Projektblatt IV.1

„Entwicklungskonzeption Gesundheitspark Friedehorst“

Beschlussfassung: WFA 29. Juni 2006

Inhalt und Zielsetzung des Projektes

Ein Schwerpunkt des ReSoSta-Programms ist die Umsetzung begleitender Maßnahmen, wie die Überprüfung und Entwicklung neuer Projektideen. Die Friedehorst gGmbH hat Bremen mit dem Projektantrag „Entwicklung eines Gesundheitsparks Friedehorst auf dem Gelände der ehemaligen Wilhelm-Kaisen-Kaserne“ eine neue Projektidee vorgelegt.

In unmittelbarer Nachbarschaft der Wilhelm-Kaisen-Kaserne entstanden im Jahre 1947 die Vereinigten Anstalten der Inneren Mission Friedehorst. Zwischenzeitlich hat sich hieraus eine Einrichtung entwickelt, die nicht nur von gesundheitspolitischer, sondern mit 1.450 Beschäftigten insbesondere auch von beachtlicher wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischer Bedeutung ist. Die Leistungen der Einrichtung finden bundesweit Anerkennung.

Die Friedehorst gGmbH bietet zur Standortentwicklung eines Gesundheitsparks auf dem Gelände der ehemaligen Wilhelm-Kaisen-Kaserne ihr Wissen und ihre Netzwerkbeziehungen an. Eine maßgeblich durch den Anker Friedehorst geprägte Entwicklung eines Gesundheitsparks ermöglicht das Nutzen von Synergiepotentialen. Das Unternehmen verfügt über vielseitige enge Kontakte in die Gesundheitswirtschaft. Diese Kontakte können zur Gewinnung von gewerblichen Investoren führen. Für die Errichtung eines Gesundheitsparks ist die Erstellung einer Entwicklungskonzeption erforderlich, um private Nutzer und Investoren für die Entwicklung des Gesundheitsparks zu gewinnen und um Verfügungsmöglichkeiten über das Gesamtareal von der Eigentümerin, der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, zu erhalten.

Die Entwicklung eines Gesundheitsparks mit überregionaler Ausstrahlung, der sich aus Produktions- und Dienstleistungseinheiten zusammensetzt, bietet für Bremen die Möglichkeit,

- den Strukturwandel in der Region Bremen-Nord zu befördern und eine Diversifizierung der Wirtschaftsstruktur zu erwirken,
- beachtliche Beschäftigungsimpulse überwiegend im mittleren und einfachen Qualifikationsbereich für Bremen-Nord zu generieren sowie
- die wechselseitige Stärkung von Friedehorst und den anzusiedelnden gesundheitswirtschaftlichen Unternehmen durch Ausschöpfung von Synergiepotentialen zu erreichen.

Finanzierung

Das Projekt „Gesundheitspark Friedehorst“ betrifft die Erstellung einer Entwicklungskonzeption. Diese wird vollständig, das heißt in Höhe von 200.800 €, aus dem ReSoSta-Programm finanziert.

Stand der Umsetzung

Die Entwicklungskonzeption Friedehorst ist in zwei Phasen untergliedert. In der ersten Phase soll eine inhaltliche und bauliche Konzeption für den Gesundheitspark in Rückkoppelung mit den Unternehmen des Friedehorst-Netzwerkes erstellt werden.

Auf der Grundlage der erzielten Ergebnisse soll eine vertragliche Vereinbarung über Verfügungsrechte der Flächen der ehemaligen Wilhelm-Kaisen-Kaserne mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben geschlossen werden. In der zweiten Phase erfolgen die Konkretisierung der Planungen sowie die gezielte Ansprache potenzieller Investoren und Nutzer.

Es wird mit einem Bearbeitungszeitraum von jeweils zwölf Monaten für die Phasen 1 und 2 gerechnet. Begonnen wurde mit der Phase 1 nach Erteilung des Zuwendungsbescheides im August 2006. Mit einer Fertigstellung der Entwicklungskonzeption wird folglich im August 2008 gerechnet.

Strukturpolitische Effekte

Sollte der „Gesundheitspark Friedehorst“ auf der Grundlage der Entwicklungskonzeption realisiert werden, entstehen hieraus direkte und indirekte Arbeitsplatzeffekte.

Verantwortliche Stelle

— Senator für Wirtschaft und Häfen, Referat 20.